

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnsdpd.de

web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 12.04.2021

**AN/0706/2021**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Hauptausschuss	12.04.2021

**Aktuelle Stunde: Köln handelt entschlossen – mit konsequentem Plan aus der Krise**

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgenden Ergänzungsantrag auf die Tagesordnung des Hauptausschusses zur Aktuellen Stunde am 12.04.2021 zu setzen.

Nach Abschluss der Debatte beschließt der Rat gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen folgende Resolution, die zur weiteren Behandlung an die Verwaltung überwiesen wird:

**Köln handelt entschlossen – mit konsequentem Plan aus der Krise**

Die Aktuelle Stunde wird mit folgender EntschlieÙung abgeschlossen:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Verwaltung auf, in Abstimmung mit dem Land NRW und im Vorgriff auf die in Vorbereitung befindliche Neufassung des Infektionsschutzgesetzes alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Infektionszahlen und insbesondere die schweren Krankheitsverläufe mit intensivmedizinischer Behandlungsnotwendigkeit deutlich zu senken. Dazu können ausdrücklich auch weitergehende Maßnahmen zur Kontaktreduzierung gehören, wobei diese aus Akzeptanzgründen mit klaren zeitlichen oder inzidenzbezogenen Begrenzungen versehen sein sollten.

- I. Die Zeit dieses verschärften Lockdowns ist zu nutzen, um folgende Plankomponenten im Anschluss zu etablieren:
  1. Einrichtung von flächendeckenden Teststationen im ganzen Stadtgebiet. Ziel soll es dabei sein, tatsächlich in jedem Wohnquartier eine kostenlose Testung zu ermöglichen. Bei der Einrichtung der Teststationen sollen vor allem die Stadtteile mit potenziell erhöhten Problemlagen und entsprechend erhöhten Inzidenzwerten besonders berücksichtigt werden. Eine aktive, mehrsprachige Kommunikation dieser Testangebote unter Einbeziehung aller sozialräumlichen Akteure soll Teil dieser Strategie werden.

2. Auf Basis dieser flächendeckenden Teststationen soll ein Konzept für die Teilnahme am öffentlichen Leben der gesamten Stadt erstellt werden. Basis für jede Lockerung muss dabei eine negative Testung in Verbindung mit der Einführung einer flächendeckend digitalen Lösung sein, z.B. im Rahmen des bereits vom Land gewährten Status „Modellkommune“. Bei der Konzepterstellung sollen insbesondere auch die wesentlichen Akteure, welche von den Auswirkungen betroffen sind, mit einbezogen werden. Dies sind vor allem die Verbände und Interessengemeinschaften, die den Handel und die Gastronomie in unserer Stadt vertreten.
3. In gleicher Logik sollen sämtliche sportliche Betätigungen in den Sportvereinen, Fitnesscentern oder vergleichbaren Einrichtungen/Vereinen bei Vorliegen eines negativen Testergebnisses ermöglicht werden.
4. Um den Infektionsschutz hoch und die Inzidenz nachhaltig gering zu halten, sollen die einschlägigen Regeln konsequent umgesetzt und verstärkt kontrolliert werden, ggf. in Kooperation mit der Landespolizei, dem Sicherheitsdienst der KVB sowie anderen Sicherheitsdienstleistern.

Bereits während der Phase mit Inzidenzwerten über 100 und entsprechend verschärften Maßnahmen sollen folgende Planpunkte verfolgt werden:

5. Durchführung von Tests an allen Schulen und Kindertagesstätten mindestens zweimal pro Woche, wie bereits seitens des Schul- und Jugenddezernats zu Beginn dieser Woche sichergestellt.
  6. Unterstützung der Kölner Unternehmen durch die KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH sowie die Gewerbeaufsicht der Stadtverwaltung bei der Sicherstellung von betrieblichen Testungen aller MitarbeiterInnen, mindestens zweimal die Woche.
  7. Einwirkung auf das Land NRW sowie die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein, damit Impfungen so umfangreich wie möglich dezentral angeboten werden können. Auch dabei sind wieder die Stadtteile mit potenziell erhöhten Problemlagen und entsprechend erhöhten Inzidenzwerten besonders zu berücksichtigen und die Angebote durch aktive, mehrsprachige Kommunikation unter Einbeziehung aller sozialräumlichen Akteure begleitet werden.
- II. Unabhängig von den hier genannten Maßnahmen wird die Verwaltung gebeten, alle Maßnahmen, die unmittelbare Auswirkungen auf das Alltagsleben einer Vielzahl von KölnerInnen haben, vorab mit dem Rat der Stadt Köln abzustimmen. Dies betrifft insbesondere auch die Ausgestaltung der vom Land projektierten „Modellkommune“.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Homann  
Fraktionsgeschäftsführer